

## **Medienkonferenz**

### **Wirkungsvoller Klimaschutz – die Tätigkeit der Energie-Agentur der Wirtschaft**

Donnerstag, 12. August 2010

Es gilt das gesprochene Wort

## **Die Wirtschaft hält Wort und handelt im Klimaschutz**

Dr. Pascal Gentinetta, Präsident der Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Energie-Agentur der Wirtschaft ist erfreut, dass sich das Modell ‚Energie-Agentur der Wirtschaft‘ seit seiner Gründung erfolgreich etabliert hat und die Teilnehmerzahlen kontinuierlich gewachsen sind. Gemessen an den Klimaschutzzielen der Schweiz haben unsere heute rund 2'000 angeschlossenen Unternehmen die Ziele mehr als erreicht: Mit über einer Million Tonnen geleisteten CO<sub>2</sub>-Einsparungen haben die EnAW-Unternehmen 2009 ein Rekordergebnis geliefert. Zusammen mit der Stiftung Klimarappen sowie der Cemsuisse hat die Wirtschaft sogar rund 4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> kompensiert und damit die Schweiz als eines der wenigen Länder auf Kyoto-Zielkurs gebracht. Davon darf sich die Wirtschaft via der EnAW bei den Brennstoffen rund 700'000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Reduktion pro Jahr der eigenen Zielerreichung anrechnen lassen. Weitere 300'000 Tonnen CO<sub>2</sub> gehen über die Zielvereinbarung mit dem Bund hinaus und konnten von den Unternehmen an die Stiftung Klimarappen verkauft werden. Diese kann um den entsprechenden Wert die Treibstoffemissionen kompensieren. Noch einmal 700'000 Tonnen haben die Unternehmen der Cemsuisse in ihrem Zielvereinbarungsmodell mit dem Bund eingespart.

Die 700'000 Tonnen aus den EnAW-Aktivitäten entsprechen der Hälfte der effektiven Reduktion des Ausstosses von Industrie und Dienstleistung seit 1990. Das „Wirtschaftsziel“ im Bereich Brennstoffe von minus 15 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu 1990 liegt bei minus 1.9 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Somit haben die EnAW- und Cemsuisse-Unternehmen bereits 1.4 Millionen Tonnen pro Jahr eingespart. Mit den Mehrleistungen von 0.3 Millionen Tonnen wäre das Reduktionsziel von minus 15 Prozent oder einer Millionen Tonnen für die Emissionen der Wirtschaft bereits heute beinahe erreicht – addiert mit den weiteren 0.3 Millionen Tonnen aus Inlandsmassnahmen der Stiftung Klimarappen, sogar übertroffen.

Diesen Effort hat die EnAW dank ihrer schlanken Organisation und der guten Zusammenarbeit mit dem Bund sehr kostengünstig umsetzen können. Von den jährlichen rund 15 Millionen Franken Kosten tragen die Unternehmen über Teilnehmergebühren und Eigenleistungen bei der Umsetzung rund 80 Prozent selbst. Vom Bundesamt für Energie (BFE) und vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) erhält die EnAW aus dem Leistungsauftrag gegenüber EnergieSchweiz heute noch knapp eine Million Franken pro Jahr. Das entspricht lediglich sieben Prozent vom Gesamtaufwand. Die zusätzlichen Kosten der Umsetzung für den Bund betragen schätzungsweise weitere zwei Millionen Franken jährlich. Für den Steuerzahler ist dies ein äusserst günstiger Gesetzesvollzug für den Klimaschutz.

Das heutige System einer ausgewogenen Public-Private-Partnership hat zu Handlungen seitens der Unternehmen geführt und über den Befreiungsmechanismus verhindert, dass energieintensive Unternehmen – verglichen mit ihren ausländischen Konkurrenten – benachteiligt werden. Die Unternehmen sind sehr motiviert, weiterhin ihre Energieeffizienz zu prüfen und wirtschaftlich sinnvolle Massnahmen umzusetzen.

Jetzt aber schlägt der Bundesrat im Rahmen der laufenden Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes vor, diese gut funktionierenden, schlank ablaufenden und zielführenden Mechanismen der Wirtschaft mit hohen Freiheitsgraden geringer zu gewichten. Ziele, basierend auf wirtschaftlichen Massnahmen der Unternehmen sollen zu einem grossen Teil neu durch staatliche Vorgaben ersetzt werden. Über die Anbindung an das europäische Emissionshandelssystem ETS sollen beispielsweise Wachstumskorrekturen ausgeschlossen und grosse Emittenten in ein System gezwungen werden, bei dem der Bund in Anlehnung an internationale Massstäbe den Unternehmen die zu emittierenden Frachtmengen vorgibt. Erfahrungen mit dem System und seinen Auswirkungen gibt es allerdings noch keine. Es wird gegenwärtig in der EU erst diskutiert und 2013 frühestens neu lanciert.

Zudem wird erwogen, kleineren Emittenten ihre heutigen Entscheidungsspielräume wegzunehmen. Neu soll der Bund festlegen, welche Wirtschaftszweige sich überhaupt noch von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen dürfen bzw. welche nicht und die Ziele, die zur Befreiung von der Abgabe berechtigen, sollen sich nicht mehr an Möglichkeiten und Potenzial ausrichten, sondern an den Frachten der Jahre 2008 bis 2012. Für die übrige Wirtschaft ist von Beginn weg eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen vorgesehen.

Wenn das Parlament diesen Ansatz bestätigt, ist das erfolgreiche Kooperationsmodell zwischen Firmen, EnAW und Bund gefährdet. Einerseits weil die Ziele „von oben“ vorgegeben werden, andererseits weil der Staat das Emissionsvolumen der Grossemittenten über das ETS und nicht mehr über Zielvereinbarungen steuern will. Damit würde der EnAW eine wichtige Basis entzogen. Die über die Jahre aufgebaute heutige Dynamik des Energiemanagements in den Energiegruppen und das Vertrauen der Unternehmen in dieses bewährte Klimaschutzmodell, droht dann durch administrative Vorgaben ersetzt zu werden.

Die Wirtschaft hat gezeigt, dass mit Engagement und Eigeninitiative in einem geeigneten Anreizsystem sehr viel Leistung mit wenig Aufwand für den Steuerzahler erreicht werden kann. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Erfolgsmodell mit hohem Freiheitsgrad auch in der künftigen Gesetzgebung berücksichtigt bleibt.

Die Wirtschaft steht zu ihrem Wort und macht vorwärts im Klimaschutz. Dafür hat sie die Energie-Agentur der Wirtschaft.